

DGB Bezirk Baden-Württemberg | Willi-Bleicher-Straße 20 | 70174 Stuttgart

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Geschäftsstelle
Gymnasiumstraße 43
70174 Stuttgart

Maren Diebel-Ebers
Stellvertretende Vorsitzende

Initiativantrag zur Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 2. Dezember 2022

30. November 2022

Antragstellung durch: DGB-Frauen Baden-Württemberg

Unterstützung der Landesregierung Baden-Württemberg für Frauen in der Teuerungskrise

**Für weitere Absprachen
wenden Sie sich bitte an:**

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

Jessica Messinger
Bezirksfrauensekretärin
Abteilung Frauen- und
Gleichstellungspolitik

Frauen sind von der Energie- und Teuerungskrise besonders stark betroffen. Bei einer steigenden Inflationsrate müssen sie aufgrund ihrer in der Regel niedrigeren Einkommen bzw. Versorgungsbezüge im Verhältnis prozentual mehr Geld für Haushaltsenergie und Nahrungsmittel ausgeben.

jessica.messinger@dgb.de

Der Landesfrauenrat erwartet von der baden-württembergischen Landesregierung einen aktiven Einsatz, um Frauen in prekären finanziellen Situationen, ärmere Familien, Rentner*innen und Pensionär*innen mit zu niedrigen Bezügen vor drohenden sozialen Notlagen zu schützen.

Telefon: 0711 2028-259
Telefax: 0711 2028-250
Mobil: 0049 175 292 42 72

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung dazu auf, einen Härtefallfonds einzurichten. Ziel des Fonds ist, die Menschen, welche kurzfristig in finanzielle Notlagen geraten, schnell und unbürokratisch zu unterstützen.

Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart

www.bw.dgb.de

Begründung:

Frauen, trifft die Teuerungskrise besonders hart. Dies betrifft vor allem Frauen, die aufgrund übernommener unbezahlter Care-Arbeit lange in Teilzeit oder prekär beschäftigt sind. Diese Arbeitsverhältnisse sind auch Grund dafür, dass viele Frauen im Alter von Armut betroffen sind und als Rentnerinnen besonders unter den steigenden Preisen leiden.

Gerade die Preise für Grundnahrungsmittel, wie beispielsweise Kartoffeln, Mehl, Milch oder Quark sind in den letzten Monaten um bis zu 73 Prozent gestiegen. Ärmere Familien oder Alleinerziehende leben bereits jetzt von der Hand in den Mund. Besonders hier sollte das Land einspringen und die Entlastung für ärmere Familien und Alleinerziehende durch

kostenloses Essen in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Aussetzung der KiTa-Gebühren schaffen.

Unsere Gesellschaft muss überdies vor einer steigenden sozialen Schieflage bewahrt werden. Bereits jetzt ist aus anderen Regionen ersichtlich, was es bedeutet, wenn die massiven Anfeindungen von Rechtsextremen und Verschwörungsmystiker*innen weiter ansteigen. Es braucht auch zusätzliche Entlastungen, um in Krisenzeiten das Vertrauen in unsere Demokratie zu stärken. Das zeigt uns auch ein Blick in die vom Sozialministerium unterstützte Studie der Bertelsmann Stiftung hinsichtlich der getrübbten Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Insbesondere bei Menschen, die von Armut betroffen sind bzw. einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind, fehlt das Vertrauen in die soziale Zuwendung und Unterstützung der Politik.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Maren Diebel-Ebers".

Maren Diebel-Ebers